

Neue Wege gehen: verstehen – argumentieren – handeln

Das Konzept der Mobilen Beratung im RB Münster

Konzeption und Ziele

Das Mobile Beratungsteam im Regierungsbezirk Münster ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu fördern. Vordringliches Ziel ist es, die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit gegenüber rechtsextremen Tendenzen zu stärken. Dabei geht es vor allem darum, langfristig und nachhaltig zivilgesellschaftliches Engagement und die Herausbildung demokratischen Bewusstseins zu unterstützen.

Wir fühlen uns den Leit- und Projektzielen des Beratungsnetzwerks NRW verbunden, die in der Charta „Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ im September 2008 festgelegt worden sind. Rechtsextremismus in allen seinen Ausprägungen stellt auch in Nordrhein-Westfalen und im Regierungsbezirk Münster eine Gefahr für ein demokratisches und weltoffenes Zusammenleben dar. Dabei gilt unsere Aufmerksamkeit nicht nur rechtsextremen Organisationen, Parteien und sich immer stärker ausdifferenzierenden Jugendszenen, sondern auch rassistischen und antisemitischen Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“.

Weltoffenheit und friedliches Zusammenleben gründen auf einer erlebbaren demokratischen Kultur, die unterschiedlichsten Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen Partizipation ermöglicht. Dies ist an zahlreiche Voraussetzungen geknüpft, die in ihrer ganzen Breite kaum von Mobiler Beratung geschaffen werden können. Jedoch soll und kann externe Beratung im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe in lokalen Sozialräumen die Entwicklung tragfähiger demokratischer Strukturen unterstützen, Handlungssicherheit im komplexen Problemfeld Rechtsextremismus fördern und somit zur Stärkung selbstbewusster demokratischer Akteure vor Ort beitragen. Zentraler Bestandteil Mobiler Beratung ist daher eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit.

Neben der gezielten Beratung lokaler und regionaler Akteure wenden wir uns gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen. **mobim** solidarisiert sich mit den (möglichen) Opfern rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine intensivere gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu fördern, dokumentiert und analysiert Mobile Beratung zudem rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region, mit dem Ziel diese Informationen durch Publikationen und Veranstaltungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Angebot

- Dokumentation rechtsextremer Vorfälle, Strukturen und Vernetzungen in der Region.
- Weiterbildung und Wissenstransfer: Informationsveranstaltungen, Workshops, Seminare und Veröffentlichungen zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster.
- Vernetzung der Kooperationspartner in der Region: Aufbereitung von Fachinformationen, kontinuierlicher Informationsaustausch, schneller Zugriff auf Expertenwissen
- Beratung in „Krisenfällen“: Konfliktkommunikation, Hilfe in der konkreten Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten (Immobilienkäufe, Demonstrationsanmeldungen, Rechtsrockkonzerte).
- Prozessberatung: Hilfe zur Selbsthilfe, Erarbeitung von Strategien im Gemeinwesen, Moderation und Initiierung von Bündnissen, Netzwerken und Runden Tischen, Beratung bei Projektplanung, -entwicklung und -finanzierung

mobim kann und will langfristiges zivilgesellschaftliches Engagement und Jugend- bzw. Sozialarbeit nicht ersetzen und übernimmt keine Aufträge, die mit den Prinzipien menschenrechtsorientierter demokratischer Kultur nicht vereinbar sind.

Zielgruppen

Rassistische und antisemitische Einstellungsmuster sind in Nordrhein-Westfalen und im Regierungsbezirk Münster weder Randphänomene, noch stellen sie ein spezifisches Jugendproblem dar. Vielmehr belegen seit den 1980er Jahren unterschiedliche empirische Studien die Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis weit in die Mitte der Gesellschaft.¹ **mobim** vertritt deshalb einen zivilgesellschaftlichen und gemeinwesenorientierten Ansatz, der Akteure vor Ort sensibilisieren und aktivieren will.

Zielgruppen für Mobile Beratung sind daher z.B.

- Engagierte Einzelpersonen
- Lokale und regionale Initiativen, Bürgerbündnisse und Runde Tische
- (Potentiell) von rechtsextremer Gewalt betroffene Einzelpersonen und Zusammenschlüsse
- Migrant*innenorganisationen, Ausländerbeiräte
- (Sport-)Vereine u.ä.
- Verbände, Gewerkschaften, Parteien (Basisgliederungen und Jugendorganisationen)
- Kirche und Kirchengemeinden
- Gremien und Multiplikator*innen aus den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur, Schule
- Kommunalpolitische Akteure und Verantwortungsträger*innen, Verwaltung, Polizei

Ausgangspunkt für Mobile Beratung ist in der Regel eine Problemanzeige durch eine dieser Zielgruppen. Im weiteren Verlauf kann die Intensität der Beratung sehr unterschiedlich ausfallen und orientiert sich am Bedarf der jeweiligen Fälle. Eine der vordringlichen Aufgaben Mobiler Beratung ist es allerdings, eine breite Basis der Problemwahrnehmung und Handlungsbereitschaft zu schaffen.

Aus der genannten Vielzahl der Angebote und Zielgruppen ergibt sich die Notwendigkeit eines breiten Methodenpools, der an die Bedarfe der Klienten im Einzelfall angepasst werden muss. Mobile Beratung hält also eine Vielzahl verschiedener Möglichkeiten bereit, die je nach Anforderung eingesetzt werden können.

¹ Vgl. SINUS-Institut, 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981; Richard Stöss/Oskar Niedermayer, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1, Freie Universität Berlin, Berlin 1998; Oliver Decker/Elmar, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006; Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1-6, Frankfurt/M. 2002-2007.

Rahmenbedingungen

Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster vernetzt sich mit wichtigen Akteuren in der Region und versucht schon bestehende Kooperationen zu nutzen. Auf diese Weise kann in Konfliktfällen schnell auf unterschiedliche Kompetenzen zurückgegriffen werden. Ansprechpartner*innen sind dabei sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Organisationen, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die in ihrer Arbeit oder ihrem Engagement mit Rechtsextremismus oder anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Berührung kommen.

Neben dem schnellen Zugriff auf Expertenwissen, dem kontinuierlichen Informationsaustausch und der Aufklärungsarbeit steht auch hier die Sensibilisierung für die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungs- und Verhaltensmuster in der Region im Zentrum der Mobilen Beratung.

Die Arbeit der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster wird finanziert aus Mitteln des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und der Stadt Münster, die schon seit Ende der 1990er Jahre mit der Arbeit des Geschichtsorts Villa ten Hompel im Bereich der Rechtsextremismusprävention tätig ist. Ein Team aus Historiker*innen, Pädagog*innen und Sozialwissenschaftler*innen ermöglicht hier eine multi-perspektivische Auseinandersetzung mit der Thematik.

Zusammen mit der Stadt Münster und **mobim** sind in NRW vier weitere Träger mit der Beratungsarbeit in den Regierungsbezirken betraut: RB Arnsberg: Gewaltakademie Villigst, www.gewaltakademie.de
RB Detmold: AKE Bildungswerk Vlotho, www.ake-bildungswerk.de
RB Düsseldorf: Wuppertaler Initiative für Toleranz und Demokratie, www.wuppertaler-initiative.de
RB Köln: NS-Dokumentationszentrum Köln, www.nsdok.de

Ergebnisse der Arbeit bzw. Evaluation

Die Arbeit der Mobilen Beratung lässt sich nicht ausschließlich an harten Fakten oder quantitativen Aussagen messen. Vielmehr versuchen wir anhand der oben formulierten Ziele in jeder Beratung bzw. im Kontakt mit den verschiedenen Zielgruppen eine Auftragsklärung zu formulieren, in der gemeinsam das „Ziel“ der Beratung festgelegt wird.

Dabei kann es sich in der Regel nicht um schnelle Lösungen wie „Wenn die Rechten vom Marktplatz verschwinden, ist alles gut“ handeln, sondern vielmehr um den Versuch, die Ressourcen vor Ort zu aktivieren. Daher ist eine pauschale Beurteilung einzelner Fälle nur schwer möglich und muss anhand der jeweils gegebenen Umstände vorgenommen werden.

Dennoch wird die Arbeit natürlich in Zusammenarbeit mit der Stadt Münster, der Landeskoordinierung und der Zentralstelle des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ evaluiert und kontrolliert und in Kooperation mit den anderen Beratungsteams in NRW qualitativ weiterentwickelt und kritisch hinterfragt.

Kontaktmöglichkeiten

mobim

Mobile Beratung im RB Münster
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
Im Geschichtsort Villa ten Hompel

Michael Sturm, M.A., Historiker
Heiko Klare, Diplom-Pädagoge

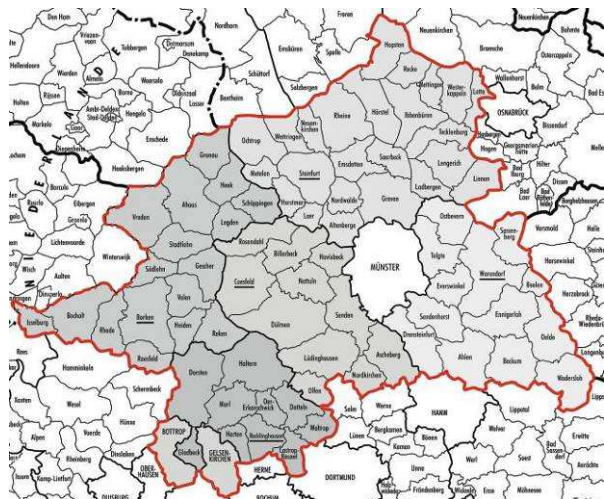
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
Tel. 0251-492 7109
Fax 0251-492 7918

kontakt@mobim.info
www.mobim.info

Regierungsbezirk Münster

Der Regierungsbezirk Münster umfasst fünf Kreise mit insgesamt 75 Gemeinden und drei kreisfreien Städte: Die Kreise Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt und Warendorf sowie Bottrop, Gelsenkirchen und Münster. Damit arbeitet **mobim** im Spannungsfeld zwischen dem ländlich geprägten Münsterland, der Stadt Münster als Oberzentrum der Region und dem nördlichen Ruhrgebiet mit seinen Großstadtstrukturen. Die sich hieraus ergebenden Herausforderungen und Möglichkeiten sollen v.a. durch die angestrebte enge Kooperation mit den anderen Beratungsteams und den lokalen und regionalen Partnern vor Ort bearbeitet werden.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Der Regierungsbezirk Münster mit seinen Grenzen zum RB Arnsberg, Detmold und Düsseldorf, Niedersachsen und den Niederlanden.

Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster

Rudolf ten Hompel, Großindustrieller und Zentrumsolitiker im Reichstag, erbaute in den 1920er Jahren einen repräsentativen Familienwohnsitz, der im Nachgang der Weltwirtschaftskrise Ende der 1930er Jahre vom Staat übernommen wurde.

Von 1940 bis 1945 war die Villa ten Hompel Sitz des regionalen Befehlshabers der Ordnungspolizei. Im NS-Regime trug diese Behörde mit ihren Erlassen, Befehlen und Handlungen erheblich zum Massenmord an Juden, Sinti und Roma bei. In den Jahren 1945 bis 1953 war die Landes- und Wasser-schutzpolizei, von 1953 bis 1968 die Wiedergutmachungsbehörde untergebracht.

Die drei Säulen „erinnern – forschen – lernen“ prägen das Angebot und die Arbeit der Villa ten Hompel. Aus der Forschung zur (Haus-) Geschichte entstanden mehrere Ausstellungen, darunter die beiden ständig in den historisch authentischen Räumen präsentierten zur Polizeigeschichte („Im Auftrag, Polizei, Verwaltung und Verantwortung“) und zum Umgang mit den Opfern nationalsozialistischer Politik („Wiedergutmachung als Auftrag“). Die Villa ten Hompel ist als Geschichtsort jedoch nicht nur ein Museum, sondern ermöglicht als didaktische Schnittstelle auch die Recherche in der Bibliothek und den thematischen Sammlungen des Hauses. Darüber hinaus wird in einem breiten Seminarangebot über historische und aktuelle Aspekte von Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung informiert und diskutiert.

mobim baut auf diese Erfahrungen auf und nutzt die bereits vorhandenen Netzwerke und Kompetenzen, um im Bereich der Beratung „neue Wege zu gehen“.